

## KOMMENTAR

# Solidarität ist notwendiger denn je

Es ist unvorstellbar, dass wir uns in Europa nach Ende des Zweiten Weltkriegs wieder vor einer Kriegskulisse befinden. Die Invasion Russlands in der Ukraine verurteilen wir zutiefst. Aus diesem Grund solidarisiert sich die Landespflegekammer Rheinland-Pfalz auch ausdrücklich mit der zivilen Bevölkerung in der Ukraine und mit der #NursesforPeace-Bewegung sowie mit dem Deutsch-Ukrainischen Pflegeverband, der direkten und berufsbezogenen Kontakte in der Ukraine ermöglicht.

Solidarität ist aktuell notwendiger denn je. Sie ist der Kernbestand der pflegerischen Tätigkeit und zentraler Punkt des funktionierenden gesellschaftlichen Zusammenlebens. Nur durch solidarisches und verantwortungsvolles Handeln aller Teile der Gesellschaft kann die aktuelle Bedrohungslage und können die großen Herausforderungen in der pflegerischen Versorgung überwunden werden. So wie Sie in der beruflichen Pflege stets solida-

risch und verantwortungsvoll handeln, so dürfen und müssen Sie es auch von den gewählten Entscheidungsträgern in der Politik erwarten können. Den pflegepolitischen Themen wurde in den ersten 130 Tagen der neuen Bundesregierung bislang leider mit extrem großer Zurückhaltung begegnet. Das Regierungsprogramm der Ampel-Parteien lässt eine konkrete und nachhaltige Strategie zur Verbesserung der beruflichen Pflege vermissen. Die vereinzelt Bausteine reichen hier nicht aus, um die Situation des Pflegefachpersonals spürbar zu verbessern. Pflegefachpersonen arbeiten weiterhin am Limit und werden dafür nicht entlastet und ganz und gar nicht leistungsgerecht vergütet. Die Überlegungen zum neuen Pflegebonus sind nicht ausreichend und treffen nicht den Berufsstand als Ganzes. Dabei ist nicht



außer Acht zu lassen, dass wir uns immer noch inmitten einer Pandemie befinden, die nach wie vor Auswirkungen auf die Gesundheit der Gesellschaft und den Pflegeberuf an sich hat.

Gerade nach der Ablehnung der allgemeinen Impfpflicht steht die Gesellschaft gegenüber den der Impfpflicht unterliegenden Pflegefachpersonen an allen Stellen ihres Wirkens in besonderer Verantwortung.

Solange keine nachhaltige Entlastung realisierbar ist, setzt sich die Landespflegekammer Rheinland-Pfalz deshalb neben Verbesserungen beim Pflegebonus inklusive umfänglicher Steuerfreiheit weiter für ein Mindesteinstiegsgehalt von 4.000 Euro für vollzeitbeschäftigte Pflegefachpersonen als Entschädigung für die hoch belastenden Beschäftigungsbedingungen ein. Es ist vor dem Hintergrund der aktuellen, politischen und pandemischen Lage unabdingbar, dass sich die Bundesregierung schnell mehr Gedanken über die Zukunft der beruflich Pflegenden macht und als Verhandlungsführer bei Tarifverhandlungen endlich die 4.000 Euro in die Tarifiediskussion einbringt. So lange das nicht erfolgt, fordern wir als Sofortmaßnahme einen monatlichen Steuerfreibetrag von mindestens 1.000 Euro. •